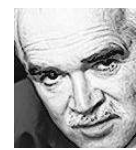




BILD DER WOCHE

Prominente suchen für uns ihr Pressefoto der Woche aus. Heute: Peter Gauweiler, Politiker und Publizist.

Nordkoreanische Soldaten richten ihre Ferngläser nach Südkorea. Im April war ich selbst in Nordkorea, das die Welt immer wieder in Atem hält. Droht ein neuer Krieg am 38. Breitengrad? Tatsächlich ist dieses Land kein undurchdringliches Geheimnis, man muss es nur kennenlernen wollen. Nordkorea ist wie ein einzelgängerischer Tiger, man darf ihn nicht in die Ecke drängen: Dieses Land ist im Krieg geboren – der Korea-Krieg kostete mehr als eine Million Soldaten und bis zu drei Millionen Zivilisten das Leben. Von diesem Krieg ist Korea bis heute geprägt. Es hat manchmal den Anschein, als fürchte Pjöngjang seine Existenz zu verlieren, sollte er sich einmal nicht mehr von Feinden umringt sehen. Ein Land, das an seinen Grenzen von den Armeen der drei Atom-mächte China, Russland und den USA umstellt ist und welches das Bereisen seines Gebietes Ausländern nur in geringer Zahl gestattet – wie China vor der Modernisierung.



Peter Gauweiler

1949 in München geboren. Jura-studium. Tätigkeit als Anwalt. Seit 1968 CSU-Mitglied. Von 1982 bis 1986 Kreisverwaltungsreferent in München. Von 1986 bis 1990 Innen-staatssekretär, von 1990 bis 1994 Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen in Bayern. Seit 2002 Bundestagsmitglied.

Der Geschenkterror



VON URSULA OTT

Wer einfach nur seinen Job macht, der braucht kein Geschenk. Ein kleines Dankeschön zwischendurch kommt auch an.

Jetzt sammeln sie wieder. Geht das Schuljahr zur Neige, häufen sich die Zettel im Schulranzen des Kindes: Liebe Eltern, wir wollen der Lehrerin ein Geschenk machen, der Hört-Betreuerin und dem Schulkoch. Bitte geben Sie Ihrem Kind zur nächsten Lesestunde mit – und dann gibt es Variationen in den verschiedenen Briefen: fünf Euro, das geht ja noch. Ein aktuelles Foto im Format neun mal 13 – das wird schon komplizierter. Eine selbst gemalte Zeichnung zu folgendem Thema – Moment mal, ist dafür nicht die Lehrerin selber zuständig? Freut die sich nach vier Grundschuljahren mit sehr vielen Kritzeleien wirklich, wenn sie eine weitere Sammlung von Kinderzeichnungen ins Regal stellen muss daheim? Doch, doch, die Eltern sind wild entschlossen: Am Schuljahresende wird zurück gezeichnet.

Ja, das ist wirklich nett, das Kind soll danke sagen lernen, und dazu gehört auch eine Geste des Gebens. Aber so sehr ich Rituale schätze und gerne an die nächste Generation weitergebe – ich bin sicher, die Sache mit den Geschenken ist längst aus dem Ruder gelaufen. Und das nicht nur an den Schulen.

Denn auch in fast allen Betrieben, die ich kenne, wird gesammelt bis zum Anschlag. Der eine Kollege wird 50, die nächste geht in Altersteilzeit, eine Schwangere geht in Elternzeit, ein junger Vater kommt wieder. Jedes Mal geht die Sekretärin von Zimmer zu Zimmer, mit der Karte, auf der alle unterschreiben müssen, ganz wichtig und ganz geheim. Dafür muss man – am besten zwischen zwölf und zwei – in jenem Vorzimmer vorbei schauen, wo die Karte liegt, damit der Beschenkte auch ja nichts mitkriegt.

Immer wieder geht die Sekretärin von Zimmer zu Zimmer

Ein Zirkus, als ginge es um die Kinderbescherung an Heiligabend. Dabei weiß das Geburtskind und die Altersteilzeitlerin längst, was da auf sie zukommen wird, im günstigsten Fall hat sie – am besten über einen diskreten Mittelsmann – ausrichten lassen, dass sie ein neues Mountainbike braucht oder ein Fahr-

rad-Transport-System fürs Auto. Bei Geburtstagen ab 50 und Verabschiedungen gibt's komischerweise immer irgend was rund ums Fahrrad – als wolle die Belegschaft ganz sicher gehen, dass der Beschenkte sich wirklich vom Acker macht.

Manche Chefs sehen das mit Sorge. Es kostet nämlich ganz schön viel Arbeitszeit, das Einsammeln, das Rumgehen von Zimmer zu Zimmer, die vielen Gespräche in der Kaffeeküche: Bist du sicher, dass er diese Satteltaschen nicht doch schon hat? Soll ich noch mal im Internet gucken, wo es die billiger gibt? Alle paar Jahre gibt es dann eine neue Ansage von oben, Geschenke nur zu runden Geburtstagen, Abschieden und nach sehr langer Krankheit. Geburt ja, Elternzeit nein. Und sammeln nur einmal im Jahr auf Vorrat.

Das funktioniert eine Weile, dann kommt aber wieder eine nette Kollegin auf die Idee, der Sekretärin doch zur bestandenen Fahrprüfung eine witzige Fotocollage zu basteln, und dann könnte man auch gleich der Praktikantin eine Tafel Schokolade zum Abschied schenken. Und so weiter. Wobei eine besondere Pest die immer noch billigeren Angebote im Internet sind, aus Digitalfotos lustige Poster zu basteln. Wo, bitte, soll der arme Ruhe-ständler oder die Lehrerin den Platz an den Wänden her nehmen? Und will sie – die naturgemäß jedes Jahr eine neue Klasse übernimmt – wirklich auf alle Ewigkeit die Pinguin-klasse von 2010 auf dem Klo hängen haben?

Billige Poster aus dem Internet sind eine Pest

Eine Lösung weiß ich auch nicht. Aber mein Bauchgefühl sagt: Wer einfach nur seinen Job macht, braucht kein Extra-Geschenk. Lehrerinnen, die ihre Klasse engagiert und nett geführt haben, freuen sich bestimmt das ganze Schuljahr über, wenn wir Eltern ihnen das zwischendurch mal sagen. Ein „danke“ ist auch schon eine Geste. Abschied nach vier Jahren Grundschule? Ja, da ist ein fettes Dankeschön-Geschenk fällig.

Umgekehrt gilt aber auch: Wer immer nur Dienst nach Vorschrift gemacht hat, dem muss auch nicht am Schuljahresende besondere Wertschätzung geheuchelt werden. Wenn alle nur froh sind, dass der gefürchtete Mathelehrer endlich die Klasse abgibt – und der beim letzten Elternsprechtag deutlich gemacht hat, dass die Erleichterung auf Gegenseitigkeit beruht – warum sollen wir dem um Gottes willen noch was schenken? „Nur wer will“, stand in der E-Mail der Elternvertreterin, soll für ein Gruppenfoto noch mal am Samstag in die Schule kommen. Wir wollten nicht.

Ich bin sicher, der Lehrer wird uns auf dem Foto nicht vermissen.

LESERBRIEFE

Etwas mehr Vertrauen

Adrian Zielcke beschrieb in seiner Kolumne den Zustand der Koalition.

Die Medien sind die vierte Gewalt im Staate und üben ein Monopol aus, welches die Bürger allzu oft hilflos zur Kenntnis nehmen müssen. Gegenwärtig meint der überwiegende Teil der veröffentlichten Meinung, dass die Medien die Unterstellungen der Opposition gegen die bürgerliche Bundesregierung noch übertreiben muss. Der Fairness halber muss man festhalten, dass der wöchentliche in den Medien ausgetragene Streit zwischen SPD und Union in der Zeit der Großen Koalition genauso nervenaufreibend war.

In einer parlamentarischen Demokratie werden wir wohl mit einer gewissen Streitkultur leben müssen. Die Behauptung, SPD-Minister wären professioneller gewesen, oder die eigenen Bürger misstrauen ihrer Regierung, ist völlig aus der Luft gegriffen und stellt allenfalls die Meinung von Herrn Zielcke dar.

Mein Fazit: Die Regierung in Berlin ist besser, als sie dargestellt wird. Bei der geradezu erdrückenden Kontrolle durch Opposition und die Medien, wäre etwas mehr Vertrauen angebracht.

WOLF-DIETER SCHUMANN, MAGSTADT

Nur noch heiße Luft?

Der ZDF-Moderator Steffen Seibert wird neuer Regierungssprecher.

Bisher hielt ich Herrn Seibert für einen seriösen Nachrichtensprecher. Jetzt wird er zum „Regierungs-Heißluft-Sprecher“. Schade! MICHAEL STEINHAUF, KORNWESTHEIM

Den Nagel auf den Kopf getroffen

Frank Krause hat in dem Artikel „Kaum operiert, schon wieder entlassen“ den Alltag an deutschen Kliniken dargestellt.

Der Autor hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Viele Kliniken drängen auf eine schnelle Entlassung der Patienten. Durch mehr Patienten pro Woche in einem Bett können sie mehr Fallpauschalen abrechnen und die mühsame Arbeit der Nachbehandlung den niedergelassenen Hausärzten und Fachärzten aufbürden. Diese müssen Arbeiten wie Ziehen von Drainage-Schläuchen, Verbandswechsel und Fäden ziehen zum Nulltarif für die Kliniken erbringen. Eigentlich ist das ein Skandal. Es ist unverständlich,

warum sich viele Krankenhäuser weigern, den niedergelassenen Ärzten Geld dafür zu bezahlen. Seit Jahren übernehmen sie das im Interesse der Patienten und Kranken.

Die Klagen werden aber immer lauter. Das wird sich ändern müssen. Wenn nicht, wird es für die Patienten noch schwieriger und mühsamer. Es könnte in naher Zeit dazu kommen, dass niedergelassene Ärzte diese Aufgaben zum Nulltarif verweigern und frisch entlassene Patienten zur Nachbehandlung in die dortige Ambulanz schicken.

Wer das Geld einnimmt, sollte auch die Arbeit machen. Noch gibt es Hoffnung, dass die verantwortlichen Betriebswirte in den Verwaltungsspitzen umdenken.

DR. MICHAEL P. JAUMANN, LANDESVORSITZENDER WÜRTTEMBERG DES DEUTSCHEN BERUFS-VERBANDS DER HNO-ÄRZTE

Typische Fehleinschätzung

Waren es 5000 oder 20 000 Teilnehmer? Anmerkungen zur Demo gegen Stuttgart 21.

Unter den prominenten Akteuren des Protestivals wird die Linkspartei erwähnt, aber keine Pfarrerin Müller-Enßlin, kein klassisches Ensemble der Staatsoper, auch nicht der grüne Bundestagsabgeordnete und Verkehrsexperte Winfried Hermann. Er benannte eine Reihe dringend notwendiger Bahnprojekte, die Stuttgart 21 mit in die Grube reißen. Um solche Informationen geprellt, hält der unbeteiligte Leser die Bürgerbewegung für einen friedlichen, aber stark linkslastigen Haufen.

Bei brütender Hitze setzten sich etwa 20 000 unterschiedlichste Menschen in Stuttgarts grüner Lunge für deren Erhalt ein. Die meisten suchten den Schatten der bedrohten Bäume und waren vom Polizeihubschrauber aus schlecht zu zählen. So kam es zur behördentypischen Fehleinschätzung von nur fünftausend – ähnlich der offiziellen Kostenschätzung für das umstrittene Bauvorhaben. THOMAS FELDER, REUTLINGEN

Die freie Entscheidung...

Martin Gerstner glossierte in den „Dingen der Woche“ auch die Abstimmung zum Rauchverbot in Bayern.

Der Autor gehört vermutlich zu den Rauchern, die sich durch den Volksentscheid der ÖDP in Bayern auf den Schlipps getreten fühlen. Raucher argumentieren immer gern mit der freien Entscheidung. Das stimmt. Die Entscheidungsfreiheit hört dort auf, wo andere in Mitleidenschaft gezogen werden.

Kneipen sind öffentliche Räume, wenn auch in Privatbesitz. Gibt man Besitzern die Entscheidungsfreiheit, wird es so gut wie keine raucherfreien Kneipen geben, da die meisten Umsatzeinbußen befürchten, weil die

Konkurrenz Rauchen zulässt. Dass in Bayern 60 Prozent nicht abgestimmt haben, heißt nicht, dass eine Minderheit entschieden hat. Diesen 60 Prozent ist es vielleicht egal, weil sie wahrscheinlich kaum ausgehen.

Man sollte aber nicht vergessen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung Nichtraucher ist. Wenn man dieses Quorum nicht will, ist zu bedenken, dass auch die meisten Bürgermeisterwahlen ungültig wären.

GUIDO KLAMT, GERLINGEN

Für dumm verkauft

Die Erhöhung der Diäten für Landtagsabgeordnete löst Protest aus.

Wieder einmal wird uns aufgezeigt, was die Politiker von uns, dem Volk, halten. Da hat man erst 2005 deren Vergütung verdoppelt, um nun wieder schamlos zuzulangen. Dazu kommt noch die Volksverdummung mit der Altersvorsorge. Ob diese direkt bezahlt wird, oder der Betrag von 1585 Euro zusätzlich steuerfrei ausbezahlt wird, ist egal. Kein Arbeitnehmer bekommt einen Beitrag des Arbeitgebers zur Alterssicherung extra. Das ist instinktiv. Da fällt mir der Witz mit den Vertretern ein: Ein Staubsaugervertreter verkauft Staubsauger. Was verkauft ein Volksvertreter? Wen wohl? Das Volk natürlich.

HANS BRUCKAUF, DORNSTADT

An den Pranger gestellt

Tests an Embryonen sollen nach dem Willen der CDU gestoppt werden.

Man hätte aus der unsäglichen Geschichte um Euthanasie-Verbrechen im Dritten Reich nichts gelernt, würde man die Selektion von menschlichem Leben im Anfangsstadium zulassen und die Klassifizierung des Menschen in lebenswertes und lebensunwertes Leben erlauben. Im gleichen Atemzug würde man auch behindert geborenen Menschen ihr Lebensrecht in Abrede stellen. Die Eltern, die aus ethischen Gründen ihr Kind so annehmen wollen, wie es Gott ihnen schenkt, würden gesellschaftspolitisch an den Pranger gestellt. HELMUT HEISIG, STUTTGART

Schreiben Sie uns

Leserbriefe nur mit vollständiger Absenderadresse an:

Sonntag aktuell Leserbrief-Redaktion
E-Mail leserpost@soak.zgs.de

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist Mittwoch, 12 Uhr. Zuschriften müssen sich auf Artikel in Sonntag Aktuell beziehen. Je kürzer Ihr Brief, desto größer sind die Chancen auf einen Abdruck. Wir behalten uns Kürzungen vor.